

Antrag G.01.: Friedensaufruf unterstützen

Antragsteller*in:	OV Pankow Nord-West, Lars Klinkmüller (Berlin), Achim Wahl
Status:	überwiesen an Bundesausschuss

- 1 Die Partei DIE LINKE unterstützt den Aufruf des Gesprächskreises Frieden der RLS vom 08.02.2021
- 2 „Für neue Initiativen und neue Bündnisse im Kampf um den Frieden“.

Begründung

Als internationalistische Friedenspartei tritt DIE LINKE für Gewaltfreiheit ein. „Daraus leiten wir unser Engagement gegen Krieg, Völkerrechtsbruch, Menschenrechtsverletzungen und militärische Denklagen im Umgang mit Konflikten ab... Gemeinsam mit Friedensbewegungen und allen friedensorientierten Partnern ringen wir um Wege zu struktureller Gewaltprävention und für einen zivilen Konfliktaustrag.“ Geleitet von diesen programmatischen Grundgedanken von Erfurt unterstützt die zweite Tagung des VII. Parteitages die Friedensinitiative des Gesprächskreises Frieden der Rosa-Luxemburg-Stiftung vom 8. Februar 2021. Die Delegierten stimmen den Initiatoren zu, dass wir „die vereinte Kraft aller Friedenskräfte zur Entmilitarisierung des traditionellen Sicherheitsdenkens“ brauchen, denn die Dominanz des Militärischen ist selbst zum Sicherheitsrisiko geworden.

Mit der Friedensfrage sind heute alle anstehenden Menschheitsfragen, die die Initiative benennt, verbunden. Die in der Initiative benannten sieben Aktionsfelder weisen zielführend die Richtung, wie eine weltweite Katastrophe abgewendet, Regionalkonflikte friedlich gelöst und jedwede Gewaltanwendung in den internationalen Beziehungen unterbunden werden kann. Sie beschreiben ein umfassendes Verständnis von Frieden und internationaler Sicherheit, wie es dem Geist der UNO-Charta und den Anforderungen für ein friedliches Zusammenleben der Staaten entspricht. Indem wir die Achtung des Völkerrechts und der Menschenrechte einfordern, bestehen wir darauf, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen darf. Strikt wenden wir uns gegen die Instrumentalisierung der Menschenrechtsproblematik zur Rechtfertigung von Kriegen, denn Kriege sind die gefährlichsten Menschenrechtsverletzungen und verursachen die nachhaltigsten Umweltbelastungen. Kriege lösen keine Probleme und sind außerstande Frieden und Sicherheit herbei zu bringen. Krieg darf kein Mittel der Politik sein.

Indem wir die Friedensinitiative unterstützen, erneuern wir die Bereitschaft der Partei DIE

LINKE, über parteipolitische und anderweitige Differenzen hinweg, mit allen friedensbewegten Menschen auf Augenhöhe zusammenzuwirken.

Der Aufruf ist zu finden und kann unterschrieben werden unter:

<https://www.change.org/p/b%C3%BCrger-und-organisationen-der-brd-friedensinitiative>

Antrag G.01.02.1.: Änderungsantrag zu G.01.

Änderungsantrag zu G.01.

Antragsteller*in:	BAG Frieden und internationale Politik
Status:	überwiesen an Bundesausschuss

Zeile 2

- 1 Die Partei DIE LINKE unterstützt den Aufruf des Gesprächskreises Frieden der RLS vom 08.02.2021
- 2 „Für neue Initiativen und neue Bündnisse im Kampf um den Frieden“. Angesichts der aktuellen Aufrüstungspolitik der Bundesregierung und der NATO wird der bevorstehende Wahlkampf in besonderer Weise auf die Gefährdung des Friedens fokussieren. Hierzu werden thematische Produkte der Öffentlichkeitsarbeit in mehreren Formaten (Flyer bis Videoclip) gefertigt, und mindestens zwei Motive unserer Wahlplakatserie verwendet.

Antrag G.02.: Für neue Initiativen und neue Bündnisse im Kampf um den Frieden

Antragsteller*in:	KV Schwalm-Eder
Status:	überwiesen an Bundesausschuss

- 1 Die Partei DIE LINKE unterstützt den Aufruf des Gesprächskreises Frieden der RLS vom 08.02.2021
- 2 „Für neue Initiativen und neue Bündnisse im Kampf um den Frieden“.

Begründung

Als internationalistische Friedenspartei tritt DIE LINKE für Gewaltfreiheit ein. „Daraus leiten wir unser Engagement gegen Krieg, Völkerrechtsbruch, Menschenrechtsverletzungen und militärische Denklogiken im Umgang mit Konflikten ab... Gemeinsam mit

Friedensbewegungen und allen friedensorientierten Partnern ringen wir um Wege zu struktureller Gewaltprävention und für einen zivilen Konfliktaustrag.“ Geleitet von diesen programmatischen Grundgedanken von Erfurt unterstützt die zweite Tagung des VII. Parteitages die Friedensinitiative des Gesprächskreises Frieden der Rosa-Luxemburg-Stiftung vom 8. Februar 2021. Die Delegierten stimmen den Initiatoren zu, dass wir „die vereinte Kraft aller Friedenskräfte zur Entmilitarisierung des traditionellen Sicherheitsdenkens“ brauchen, denn die Dominanz des Militärischen ist selbst zum Sicherheitsrisiko geworden.

Mit der Friedensfrage sind heute alle anstehenden Menschheitsfragen, die die Initiative benennt, verbunden. Die in der Initiative benannten sieben Aktionsfelder weisen zielführend die Richtung, wie eine weltweite Katastrophe abgewendet, Regionalkonflikte friedlich gelöst und jedwede Gewaltanwendung in den internationalen Beziehungen unterbunden werden kann. Sie beschreiben ein umfassendes Verständnis von Frieden und internationaler Sicherheit, wie es dem Geist der UNO-Charta und den Anforderungen für ein friedliches Zusammenleben der Staaten entspricht. Indem wir die Achtung des Völkerrechts und der Menschenrechte einfordern, bestehen wir darauf, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen darf. Strikt wenden wir uns gegen die Instrumentalisierung der Menschenrechtsproblematik zur Rechtfertigung von Kriegen, denn Kriege sind die gefährlichsten Menschenrechtsverletzungen und verursachen die nachhaltigsten Umweltbelastungen. Kriege lösen keine Probleme und sind außerstande Frieden und Sicherheit herbei zu bringen. Krieg darf kein Mittel der Politik sein.

Indem wir die Friedensinitiative unterstützen, erneuern wir die Bereitschaft der Partei DIE LINKE, über parteipolitische und anderweitige Differenzen hinweg, mit allen friedensbewegten Menschen auf Augenhöhe zusammenzuwirken.

.
.

Antrag G.08.: Solidarität mit dem sozialistischen Kuba

Antragsteller* in:	AG Cuba Sí
Status:	überwiesen an Bundesausschuss

- 1 Wir verurteilen die unilateralen und völkerrechtswidrigen Sanktionen der Vereinigten Staaten
- 2 von Amerika gegen die Republik Kuba. Wir setzen uns für die sofortige, vollständige und

3 bedingungslose Beendigung dieser seit mehr als 60 Jahren bestehenden Wirtschafts-,
4 Finanz- und
5 Handelsblockade ein, die das Leben der Bevölkerung stark beeinträchtigt und die
6 Entwicklung des
7 Landes erheblich behindert. Wir fordern, die im Jahr 1996 von der EU in Kraft gesetzte
8 Blocking-Verordnung (Council Regulation Nr. 2271/96) zu unrechtmäßigen
9 Auswirkungen
10 extraterritorialer Rechtsakte von Drittländern konsequent anzuwenden und damit die
11 europäisch-
12 kubanischen Wirtschaftsbeziehungen zu erleichtern und auszubauen. Die
13 Bundesregierung muss sich
14 für die Aufhebung der US-Blockade einsetzen. Dazu bringen wir eine entsprechende
15 Gesetzesinitiative in den neu gewählten Bundestag innerhalb des ersten Jahres der
16 neuen
17 Legislaturperiode ein.

18 Wir kritisieren die Listung Kubas auf der von der US-Regierung erstellten Liste
19 Terrorismus
20 unterstützender Staaten. Wir fordern von US-Präsident Biden die sofortige Streichung
21 Kubas von
22 dieser Liste und die Rücknahme der weiteren 240 unter der Präsidentschaft Trumps
23 getroffener
24 Maßnahmen gegen Kuba. Wir begrüßen die von der kubanischen Regierung
25 ausgesprochene
26 Bereitschaft zur Wiederaufnahme des Normalisierungsprozesses zwischen beiden
27 Staaten.

28 Wir treten für die vollständige Ratifizierung des Abkommens über politischen Dialog und
29 Zusammenarbeit der Europäischen Union mit Kuba aus dem Jahr 2016 ein. Litauen hat
30 als einziger
31 EU-Mitgliedstaat dieses Abkommen noch nicht unterzeichnet. Wir fordern die
32 Bundesregierung auf,
33 auf die litauische Regierung einzuwirken, damit diese den Grundlagenvertrag ratifiziert
34 und
35 somit die europäisch-kubanischen Beziehungen vollständig normalisiert werden können.

36 Wir kritisieren die im Jahr 2020 getroffene Entscheidung des Bundesministeriums für
37 wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Einstellung der

entwicklungspolitischen

- 24 Kooperation mit Kuba und setzen uns für die Wiederaufnahme der bilateralen Zusammenarbeit mit
- 25 Kuba ein.